

Interpellation Fraktion SVP/JSVP Peter Bühler (SVP): Die Gewaltbereitschaft nimmt in der Stadt Bern zu und was macht der Gemeinderat?

Seit Monaten entnimmt man verschiedenen Medienmeldungen und den Mitteilungen der Stadtpolizei, dass die Gewaltbereitschaft in der Bundeshauptstadt stetig steigt. Bei Überfällen und Schlägereien schreitet die Täterschaft skrupellos hart zur Tat. Regelmässig werden höhere Zahlen von Verletzten durch die Polizei bekannt gegeben.

Ein weiterer Punkt neben der erhöhten Gewaltbereitschaft ist, dass die Täter immer jünger sind. Nicht wenige Opfer werden durch jugendliche Gangs oder Gruppen grundlos angegriffen oder überfallen. Obwohl belegt ist, dass die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen stetig steigt, wäre es aber falsch das Problem nur bei diesen zu sehen.

Neben der zunehmenden Gewaltbereitschaft gegen Leib und Leben, ist auch der Vandalismus immer wieder Thema in der Stadt Bern. Konnte man vor einiger Zeit noch von einer überschaubaren Situation sprechen, nimmt diese mittlerweile immer bedenklichere Ausmasse an. Nicht genug damit, dass regelmässig bei Demos Gebäude verschmiert werden und Glas zu Bruch geht. Auch an normalen Tagen ist die sinnlose Zerstörungswut gegenwärtig. Beispielsweise wurden in einer Samstagnacht in der Stadt Bern mehrere Autos demoliert. Antennen wurden abgebrochen, Pneu zerstochen, Lack zerkratzt. Ein Anwohner, der den Vandalismus zufällig beobachtete, wurde bei seinem Anruf bei der Stadtpolizei darauf vertröstet, dass er oder die Besitzer am Montag die Vandalen auf dem Polizeiposten anzeigen könnten. Solche Fälle gibt es diverse. Die Frage, die daraus resultiert, muss daher sein: Wann lässt der Gemeinderat endlich die Polizei ihre Arbeit machen? Wann darf unsere Polizei weg vom Busseintreiben und hin zu dem, was wirklich ihre Aufgabe wäre – für Sicherheit, Ruhe und Ordnung in der Stadt Bern zu sorgen?

Daraus resultieren folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Wie äussert sich der Gemeinderat zur geschilderten Gesamtsituation in Bezug auf Sicherheit, Ruhe und Ordnung in der Stadt Bern?
2. Sieht der Gemeinderat Handlungsbedarf?
3. Oder wird Police Bern sich diesem Problem annehmen müssen?
4. Wann werden Streifen und Patrouillen vermehrt?
5. Versteht der Gemeinderat, dass ein grosser Teil der Bevölkerung verunsichert ist und dass vor allem ältere Menschen und Frauen Angst haben, nachts alleine auf die Strasse zu gehen?
6. Welche Massnahmen will der Gemeinderat zur Sicherheit der Bevölkerung treffen?
7. Bei wie vielen aufgeklärten Gewaltdelikten war Alkohol im Spiel?
8. Wie viele solcher Gesetzesübertritte sind im 2006 auf die Beschaffungskriminalität zurückzuführen?
9. Wie viele Delikte wurden von Einzelpersonen, wie viele von Gruppen begangen?
10. Fühlt sich der Gemeinderat nach der Einführung von Police Bern auch weiterhin für die Sicherheit der Bevölkerung zuständig?

Begründung der Dringlichkeit

Infolge des ehrgeizigen Fahrplanes des Gemeinderats sollte der Übergang der Stadtpolizei an den Kanton auf Ende 2007 erfolgen. Für grosse Teile der Bevölkerung ist dieser Vorgang zum jetzigen Zeitpunkt wenig verständlich und noch weniger nachvollziehbar. Einzig entscheidend ist die Frage, ob Recht, Ordnung und Sicherheit gewährleistet werden können. Aufgrund der fast täglich erscheinenden Meldungen über neue Gewaltdelikte und der herrschenden Verunsicherung in der Bevölkerung muss dem Stadtrat rasch möglichst die Gelegenheit gegeben werden, sich über notwendige Schritte zur Prävention zu beraten.

Bern, 1. Februar 2007

Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Thomas Weil, Manfred Blaser, Dieter Beyeler, Ernst Stauffer, Lydia Riesen-Welz, Erich J. Hess, Peter Bernasconi, Rudolf Friedli

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Die Stadtpolizei Bern hat den Auftrag, die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Stadt Bern zu gewährleisten und Straftaten zu verhindern. Hierzu ist eine entsprechende Polizeipräsenz notwendig. Bereits seit 2004 setzt die Stadtpolizei an gewissen Tagen und Nächten und anlässlich verschiedener Veranstaltungen zusätzlich zur normalen Grundversorgung eine verstärkte Patrouille ein, die präventiv Präsenz zeigt, aktiv Übergriffe verhindert und bei bereits erfolgten Straftaten sofort eingreift. Der Einsatz dieser zusätzlichen Patrouille hat sich sehr gut bewährt. Ereignet sich in der Stadt eine Massierung von Straftaten, wird durch die Einsatzleitzentrale der Polizei eine Priorisierung je nach Schweregrad vorgenommen.

Eine völlige Verhinderung von Straftaten durch die Polizei ist nicht möglich. Selbst mit einem massiv höheren Personalbestand kann nicht gewährleistet werden, dass keine Übergriffe mehr stattfinden.

In den letzten Jahren ist eine Zunahme von Körperverletzungen und Tötlichkeiten zu verzeichnen, welche aber nicht signifikant ist. Die abgeklärten Fälle zeigen auf, dass die Täterschaft meistens über 18 Jahre alt und männlich ist. Insbesondere bei jungen Erwachsenen ist eine Zunahme der qualitativen Gewalt zu verzeichnen. Die Hemmschwelle, bei Schlägereien und Raufhändeln gravierende Verletzungen zuzufügen, ist gesunken. Es werden Situationen so lange provoziert, bis körperliche Gewalt als vermeintlich legitime Reaktion dargestellt werden kann.

Auch der Vandalismus hat nicht signifikant zugenommen. Im öffentlichen Raum ist allerdings eine merkliche Zunahme von rücksichtslosem Verhalten festzustellen wie das Werfen von Gegenständen über Brücken, wilde Abfalldeponien, wilde Plakatierung, Littering etc., das zu hohen Folgekosten führt und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum negativ beeinflusst.

Meldungen und Anzeigen über Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Drohungen usw., sind abhängig von diversen äusseren Einflüssen. Eine Änderung des Anzeige- und Meldeverhaltens in den letzten Jahren ist feststellbar. Tendenziell wird heute eher eine Anzeige eingereicht, da sich einerseits teilweise die rechtlichen Möglichkeiten verändert haben und andererseits sich die subjektive Wahrnehmung/Empfindung beispielsweise gerade bei Tötlichkeiten

ten und Drohungen nicht zuletzt aufgrund der medialen Berichterstattung verändert hat. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die markante Zunahme der Anzeigen wegen Sachbeschädigung im Jahr 2005 auf die Aktion Casa Blanca zurückzuführen ist, mit der Sprayereien in der Innenstadt systematisch bekämpft worden sind. 2005 wurden durch Casa Blanca allein im Innenstadt-Perimeter 1 350 Fälle zur Anzeige gebracht. Im gleichen Zusammenhang dürfte auch die Abnahme der Anzeigen wegen Sachbeschädigung im Jahr 2006 zu sehen sein. Die Aktion Casa Blanca hat zu einer merklichen Abnahme der Sprayereien und entsprechend auch der Strafanzeigen geführt. 2006 wurden durch Casa Blanca nur noch 750 Fälle angezeigt.

Eine weitere signifikante Veränderung ist der kontinuierliche Anstieg der angezeigten Tötlichkeiten. Der Gemeinderat geht davon aus, dass dieser Anstieg vor allem auf die konsequente Strafverfolgung von häuslicher Gewalt zurückzuführen ist.

Auszug aus der Kriminalstatistik

Bezeichnung der Delikte	2002	2003	2004	2005	2006
Körperverletzungen	183	202	192	202	230
Tötlichkeiten	149	200	220	272	306
Gefährdung des Lebens	5	17	19	13	15
Beteiligung an einem Raufhandel	11	6	11	9	14
Diebstahl durch Entreissen	100	91	66	81	88
Raub	103	174	115	88	124
Sachbeschädigung	1 808	1 910	1 755	2 799	2 316
Total	2 359	2 600	2 378	3 464	3 093

Die in der Interpellation gestellten Fragen werden vom Gemeinderat wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Gemäss der Kriminalstatistik ist in den letzten fünf Jahren kein signifikanter Anstieg der begangenen Straftaten in der Stadt Bern feststellbar. Im Bereich der Tötlichkeiten, der Körperverletzungen und der Sachbeschädigungen ist jedoch ein Anstieg zu verzeichnen. Aufgrund der subjektiven Wahrnehmungen/Empfindungen ist in diesen Bereichen ein verändertes Anzeigeverhalten feststellbar, welches sich in der Statistik niederschlägt. Es werden heute auch Vorfälle zur Anzeige gebracht, welche vor einigen Jahren von der Bevölkerung noch als Bagatellvorkommnisse empfunden wurden.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat sieht keinen unmittelbaren Handlungsbedarf von Seiten der Polizei. Bei den eher zunehmenden Straftaten wie Tötlichkeiten und Sachbeschädigungen handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Problem, welches nicht allein mit polizeilichen Mitteln gelöst werden kann.

Zu Frage 3:

Der Übergang der Stadtpolizei in die Kantonspolizei wird nicht zu einer erhöhten Polizeipräsenz führen. Bei Bedarf und vor allem bei polizeilichen Interventionen können jedoch die Patrouillen aus der Agglomeration entsprechende Unterstützung leisten.

Zu Frage 4:

Vermehrte Patrouillen können nur durch zusätzliche finanzielle und personelle Mittel oder durch die Reduktion von bestehenden Aufgaben eingesetzt werden.

Zu Frage 5:

Dem Gemeinderat ist die Sicherheit der Berner Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. Dabei gilt es aber zu beachten, dass zur Verunsicherung der Bevölkerung zu einem grossen Teil die vermehrten Medienberichte über Gewaltdelikte beitragen. Das subjektive Sicherheitsgefühl wird durch die Berichterstattung beeinträchtigt, obwohl die Gewaltdelikte nicht signifikant angestiegen sind. Gemäss den erfassten Delikten besteht nachts für ältere Menschen und Frauen kein speziell erhöhtes Risiko, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden.

Zu Frage 6:

Wird eine Anhäufung von Straftaten festgestellt, reagiert die Polizei jeweils mit Schwerpunktbildungen durch vermehrte Präsenz und Kontrollen.

Zu Frage 7:

Straftaten, welche unter Alkohol begangen wurden, werden statistisch nicht gesondert erfasst. Es kann aber bei Tötlichkeiten, Drohungen, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen häufig festgestellt werden, dass die Täterschaft vorgängig Alkohol konsumiert hat.

Zu Frage 8:

Dies wird statistisch nicht erfasst.

Zu Frage 9:

Statistisch werden die Straftaten, welche durch Gruppen oder Einzelpersonen begangen werden, nicht getrennt erfasst. Fest steht, dass Jugendliche und junge Erwachsene häufig in der Gruppe und alkoholisiert agieren.

Zu Frage 10:

Ja, der Gemeinderat fühlt sich auch nach der Einführung von Police Bern für die Sicherheit der Bevölkerung zuständig. Mit dem Übergang der Stadtpolizei in die Kantonspolizei Bern auf den 1. Januar 2008 wird die Sicherheit im bekannten Rahmen gewährleistet. Es sind keine wesentlichen und einsatzrelevanten Änderungen vorgesehen. Die bewährten Strukturen

bleiben erhalten, und die Mitarbeitenden der heutigen Stadtpolizei werden grösstenteils weiterhin ihre angestammte und vertraute Arbeit in der Stadt Bern leisten.

Bern, 22. Mai 2007

Der Gemeinderat